

Wahlprüfsteine zum Thema Schulwesen Landtagswahl Berlin 2016

Mieterpartei

1. Eine gute Schullandschaft ist die Basis des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Reichtums eines Landes und seiner Einwohner*innen.

Unsere Frage:

Teilen Sie die Ansicht, dass unser Schulwesen weiterentwickelt werden sollte, damit sich Fähigkeiten wie Mündigkeit, Kreativität und Verantwortungsbereitschaft bei unseren Schülerinnen und Schülern besser entwickeln können?

Ihre Antwort: **Ja** **Nein**

Kommentar: Wir brauchen Schulen, die Kinder und Jugendliche für eine lebendige Demokratie gewinnt. Ebenso müssen Kinder und Jugendliche das nötige Rüstzeug erhalten um als mündige Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur Objekt von Konsum- und Absatzziele der Werbeindustrie zu sein. Dies und noch anderes sind Kernelemente einer auf Freiheit beruhenden Gesellschaft, nur wer seine Rechte und seine Stellung als Bürgerin bzw. Bürger in der demokratischen Gemeinschaft kennt, kann sein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben wirklich wahrnehmen. Dazu müssen in der Schule natürlich auch die Voraussetzungen für die Schlüsselqualifikationen vermittelt trainiert werden, die das Ergreifen und Ausüben von Berufen ermöglichen - denn eine gute berufliche Qualifikation zählt ebenso zu den Voraussetzungen für selbstbestimmtes Leben im späteren Erwachsenenleben. All dies darf nicht ohne eine starke soziale Erziehung und Bildung auskommen - integrierte und inklusive Schulformen kommt deshalb ebenfalls eine zentrale Bedeutung zu.

2. Staatliche Schulen besitzen zur Zeit wenig organisatorische Selbständigkeit. Sie haben z.B. kaum Personal- und Budgethoheit.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass staatliche Schulen in Bezug auf ihre Organisation mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen, z.B. im Bereich Personal, Budget oder Gebäudeverwaltung?

Ihre Antwort: **Ja** **Nein**

Kommentar: Dies darf nicht dazu führen, dass die öffentliche Hand die einzelne Schulen mit unzureichenden Etats am ausgestreckten Arm verhungern lässt. Aber eine größere Autonomie in der Haushaltsbewirtschaftung ist eine zwingende Voraussetzung, wenn Schule demokratischer und partizipativer organisiert werden soll. Pädagogische Freiräume brauchen zudem auch Zugriff auf Freiräume in den Finanzmitteln.

3. Der Umfang der organisatorischen Verwaltungsaufgaben hat in den Schulen bereits in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Schulleiter*innen sind mit diesen Aufgaben oft jetzt schon an ihren Kapazitätsgrenzen.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass schon heute aufgrund der Vielzahl von Verwaltungs- und Gestaltungsaufgaben an jeder Schule neben dem schulischen auch ein kaufmännischer Leiter tätig sein sollte?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: Zu klären wäre eher ob das Modell des klassischen Ein-Personen-Schulleiters als Primat noch zeitgemäß ist. Gäbe es an Schulen eine eigenständige administrativ-organisatorische Leitung, dann könnte die pädagogische Leitung der Schule in den Händen z.B. eines aus dem Lehrerkollegium entsandten Leitungsgremiums vielleicht zielführender organisiert sein, anstatt im Rahmen klassischer Schul-Hierarchie.

4. Schulen in freier Trägerschaft erhalten in Berlin nur etwa zwei Drittel der öffentlichen Finanzierung, die vergleichbare Schulen in staatlicher Trägerschaft pro Schüler bekommen. Deswegen müssen sie Schulgeld erheben.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass Schulen in freier Trägerschaft in gleicher Höhe wie staatliche Schulen finanziert werden, damit sie kein Schulgeld mehr erheben und für alle öffentlich zugänglich sind.

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: Siehe Antwort zu Frage 5.

5. In den ersten 3-5 Jahren nach Schulgründung erhalten Schulen in freier Trägerschaft in Berlin überhaupt keine öffentliche Finanzierung. Diese sog. Wartefrist ist im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr lang.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass bei Neugründungen von Schulen in freier Trägerschaft die öffentliche Finanzierung früher beginnt als bisher?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: Die zu ideologische Gegenüberstellung von "freien" und "staatlichen" Schulen sollte überwunden werden. Schule braucht mehr Selbstständigkeit und direkte Mitverantwortung der Zivilgesellschaft - am besten auf der Basis klarer, allgemeingültiger Regeln. Während eine gewisse Skepsis gerade gegenüber zu exklusiven freien bzw. privaten Schulen auch ihre Berechtigung hat. Das eine soll nicht dogmatisch gegen da andere ausgespielt werden, die Entwicklung neuer Wege, beides stärker zu kombinieren, wenn man pauschal so will freie, selbständige Schulen in öffentlicher Verantwortung, ist vielleicht eher eine mögliche Orientierung.

6. In den letzten Jahrzehnten wurden neue alternative Prüfungsmodelle entwickelt, welche die individuellen Fähigkeiten unserer Schülerinnen und Schüler möglicherweise deutlich besser anregen und abbilden als die bisher üblichen Schulabschlüsse.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass Schulen die Möglichkeit bekommen, frei über ihre Abschlüsse und Prüfungsformen zu entscheiden?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: Sofern "frei" entscheiden bedeutet, dass eine Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit von Abschlüssen zum Nachteil der betroffenen Schülerinnen und Schüler deutlich beeinträchtigt werden könnte, dann eher Nein. Es kann nicht generell im Belieben jeder einzelnen Schule liegen, mit welchem Bildungsstand die Jugendlichen am Ende die Schule verlassen sollen. Dies wäre im Interesse des Wohls der Kinder und Jugendlichen nicht

vertretbar. Insofern bedarf es eines übergeordneten Systems der systematischen Begleitung, um verschiedene pädagogische oder didaktische Angebote hinsichtlich ihres Mehrwerts für die Kinder und Jugendlichen in einer Form von Vergleichbarkeit zu halten, ohne deshalb die Freiheit der einzelnen Schule unnötig zu beeinträchtigen. Da es für die einzelnen Schulfächer ohne größere Probleme möglich ist, die jeweiligen Ergebnisse unterschiedlicher pädagogisch-didaktischer Bildungsangebote zu vergleichen – sofern man auf den Anspruch verzichtet, dass die Didaktiken klassischer Beschulungsform das Ei des Kolumbus sind – ist es auch möglich Standardisierungen auch für alternative und innovative Inhalte, Verfahren, Unterrichtsformen zu erarbeiten. Dies würde es anderen Schulen auch erlauben erfolgreich an einzelnen Schulen erprobte innovative Konzepte leichter übernehmen zu können, denn auch die Akzeptanz bei Eltern wird größer sein, wenn eine Vergleichbarkeit zu den pädagogisch-didaktischen Alternativen besteht. Es wäre sogar wünschenswert, dass eine Auswahl verschiedener alternativer Didaktiken usw. komprimiert quasi in einer Art Baukastensystem den einzelnen Schulen zur Verfügung stehen, und nicht jede Schule in jedem Fall jedes Rad immer wieder neu erfinden muss. Insofern hat Staat hier durchaus eine Funktion im Bereich der Qualitätssicherung, bei gleichzeitiger größerer Selbstständigkeit der einzelnen Schulen. Das einzige was nicht in standardisierbare Schemen pressen ließe und auch nicht sollte, wären die individuellen Profile selbständiger Schulen über das jeweils einzelne Schulfach hinaus – aber das wäre auch gut so. Es soll – primär – an den Eltern liegen, eine eigene Abwägung vornehmen, welches individuelle Schulprofil ihren Vorstellungen eher entgegenkommt. Auf der Basis halbwegs gut vergleichbarer Angebote in den jeweils einzelnen Fächern ist es aber vielleicht auch besser möglich, sich für oder gegen ein einzelnes pädagogisches Profil einer Schule zu entscheiden. Denn im Interesse der Kinder kann Bildungsvielfalt keine „black box“ sein, bei der Eltern ihre Kinder auf einer pädagogischen Experimentallandschaft aussetzen, ohne dass brauchbare Anhaltspunkte vorhanden wären, wie die jeweiligen pädagogisch-didaktischen „Anbieter“ so einzuschätzen sind und wozu das am Ende – in Form des Abschlusses – führen soll.

7. Das Schulwesen entwickelt sich zur Zeit häufig nicht auf Grundlage praktischen Erfahrungen vor Ort, sondern gesteuert durch politische Vorgaben.

Unsere Frage:

Können Sie sich vorstellen, dass unsere Schulen innovativer wären, wenn die staatlichen Behörden sich auf die Rechtsaufsicht beschränken und die inhaltlichen und methodischen Fragen (Pädagogik) durch die Schulen selbst gestaltet werden?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: Siehe Antwort auf Frage 6. Selbstverständlich wären die Schulen innovativer, nur kann der Staat sich trotzdem nicht nur auf Rechtsaufsicht beschränken. Die Gesellschaft darf ihren Anspruch, die Rechte und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen zu schützen nicht einfach so aufgeben. Die Vergleichbarkeit und Nachvollziehbarkeit dessen was in den einzelnen Schulen passiert ist ein wichtiges Gut und muss erhalten bleiben. Ganz sicher sind die bisher zu verkrusteten Bildungsbürokratien aber nicht mehr zeitgemäß - weil Schulen dadurch unter anderem auch viel zu starr in zu vielen Details festlegt sind.